



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 31. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR Pl/031/2017)**

**am Dienstag, 26. September 2017,**

**17:30 Uhr**

**im Ortsamt Plauen, Ratssaal,  
Nöthnitzer Straße 2, 01187 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 17:30 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 21:25 Uhr

**Anwesend:**

**Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r**

Rolf Gerhardt

Vertretung für Frau Irina Brauner

**Mitglied Liste CDU**

Dr. Gudrun Böhm

Gisela Clauß

Thomas Lehmann

Alexander Seedorff

**Mitglied Liste DIE LINKE**

Kristin Dänhardt

Anne Holowenko

Jürgen Stäbener

Gerold Wagner

**Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Jens Georgi

Toni Kiel

**Mitglied Liste SPD**

Bijan Djawid

**Mitglied Liste Alternative für Deutschland**

Dr. Fritz Michalczyk

**Mitglied Liste FDP**

Dietmar Keil

**Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger**

Michael Hauck

**Mitglied Liste PIRATEN**

Frank Schirlitz

**Stellvertretende Mitglieder**

Aline Fiedler

anwesend ab 18:05 Uhr;

Vertretung für Frau Sarah Carola Strugale

Michael Meißner

Vertretung für Herrn Erik Zimmermann

Beate Mierdel

Vertretung für Frau Heike Wieghardt

**Abwesend:**

**Vorsitzende**

Irina Brauner

**Mitglied Liste CDU**

Sarah, Carola Strugale

**Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Xaver Seitz

**Mitglied Liste SPD**

Heike Wieghardt

Erik Zimmermann

**Verwaltung:**

Herr Schmidtgen

Herr Fritsche

Frau Winkler

Herr Stephan

Schulverwaltungsamt, Amtsleiter

Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung

Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung

Amt für Wirtschaftsförderung

**Schriftführer/-in:**

Franziska Heinrich

**T A G E S O R D N U N G****Öffentlich**

- 1** Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 2.1** Fortschreibung der Schulnetzplanung, Planteile Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen, Schulen des zweiten Bildungsweges und Schulen in nicht kommunaler Trägerschaft **V1792/17  
beratend**
- 2.2** Gymnasium Dresden - Plauen, Modernisierung und Erweiterung Schulgebäude **V1827/17  
beratend**
- 2.3** Zweite Fortschreibung der Konzeption zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung kommunaler Gewerbestandorte in der Landeshauptstadt Dresden **V1795/17  
beratend**
- 2.4** Verkauf des Grundstücks Stuttgarter Straße **V1919/17  
beratend**
- 3** Informationen, Hinweise und Anfragen

**öffentlich****1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Gerhardt, stellvertretender Ortsamtsleiter, begrüßt die Mitglieder und Stellvertreter des Ortsbeirates Plauen sowie die Gäste zur 31. Sitzung und stellt zwei neue Mitglieder des Ortsbeirates vor: Frau Kristin Dänhardt und Frau Anne Holowenko lösen Herrn Uwe Dolge und Herrn Waldemar Peine als ordentliche Mitglieder für die Partei DIE LINKE ab. Ferner informiert Herr Gerhardt über den Abschied von Herrn Günther Schneider aus dem Ortsbeirat. Sein bisheriger Stellvertreter, Herr Dr. Fritz Michalczyk, nimmt ab sofort die Tätigkeit als ordentliches Mitglied für die Partei AfD wahr.

Abschließend stellt Herr Gerhardt die neue Sachbearbeiterin Ortsbeiratsangelegenheiten, Frau Franziska Heinrich, vor.

Von 19 Ortsbeiräten sind 17 anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: Punkt 2.2 wird aus zeitlichen Gründen vorgezogen. Der Ortsbeirat stimmt der Änderung einstimmig zu. Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zur Niederschrift der 30. Sitzung des Ortsbeirates vom 29. August 2017 gibt es keine Anmerkungen.

Der Ortsbeirat tritt in die Beratung ein.

**2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates****– Änderung der Tagesordnung –****2.2 Gymnasium Dresden - Plauen, Modernisierung und Erweiterung Schulgebäude****V1827/17  
beratend**

Herr Schmidtgen, Schulverwaltungsamt, und Herr Fritsche, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung, stellen die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation vor: Entsprechend der Schulnetzplanung soll das Gymnasium Dresden-Plauen durchgängig als fünfzügiger Standort geführt werden. Hierzu sind eine bedarfsgerechte Sanierung des Bestandsgebäudes und eine bauliche Erweiterung (Verbindungsbauten) notwendig. Anhand verschiedener Grafiken veranschaulicht Herr Schmidtgen die zukünftige Aufteilung des Schulgebäudes und geht kurz auf die jeweiligen Sanierungsmaßnahmen ein: So entstehen neben einem neuen Speiseraum im Sockelgeschoß jeweils vier neue Klassenräume und eine Bibliothek in den zwei Obergeschoßen. Im Dachgeschoß erneuert man zudem die Be- und Entlüftungsanlagen sowie im gesamten Gebäude die Sanitärbereiche. Der Bau werde im Sommer 2018 beginnen (Bauauslagerung Terrassenufer); die Nutzung sei für das Schuljahr 2020/2021 vorgesehen. Insgesamt seien für das Bauvorhaben ca. 23,6 Millionen Euro veranschlagt. Für das Vorhaben wurde eine Förderung nach För-

derrichtlinie Schulische Infrastruktur beantragt; ein Zuwendungsbescheid liege jedoch noch nicht vor.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Wagner befürchtet, dass die entstehenden Innenhöfe die Klassenzimmer verdunkeln werden. Herr Schmidtgen versichert, dass man die Innenhöfe entsprechend gestalten werde, um für eine angemessene Aufenthaltsqualität zu sorgen. Zudem versehe man die Verbindungsbauten mit einer Glasfront, die für eine durchgehende Belichtung im unteren Bereich Sorge (keine Unterrichtsräume im Erdgeschoß).

Frau Mierdel fragt an, inwieweit die derzeitigen Planungen für die Sportstättenenerweiterung eine alternative Versammlungsstätte implementieren. Herr Schmidtgen verweist auf die noch nicht abgeschlossene Bedarfsplanung (Ausführung/Gestaltung zwei zusätzliche Übungseinheiten Sporthalle). Es wäre jedoch denkbar, eine der beiden Sporthallen zukünftig als Veranstaltungsort zu nutzen. Hierbei weist Herr Schmidtgen jedoch ausdrücklich auf die vorwiegend schulische Nutzung hin.

Herr Seedorff interessiert sich für die Raumausstattung (z. B. WLAN, Multimediatafeln) und erkundigt sich, ob im Zuge der neuen Raumaufteilung die Gründung eines neuen Schul-Clubs angedacht sei. Herr Schmidtgen informiert, dass man Netzwerkanschlüsse in jedem Raum vorsehe und darüber hinaus die Gemeinschaftsräume (Bibliothek, Speiseraum) mit einem WLAN-Zugang ausstatten wolle. Herr Fritsche zeigt den verlagerten Schul-Club anhand eines Lageplanes auf (Vorteil: auch von außen zugänglich).

Herr Hauck thematisiert die Fluchtwege. Herr Fritsche beschreibt den durch die Verbindungsbauten vorteilhaft entstehenden „Kreisverkehr“ als zweiten Rettungsweg (Fluchtweg über Treppenhäuser).

Herr Gerhardt lässt über den Beschlussvorschlag zur Vorlage V1827/17 abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Fiedler tritt der Sitzung um 18:05 Uhr bei. Es sind nun 18 Ortsbeiräte anwesend.

**2.1 Fortschreibung der Schulnetzplanung, Planteile Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen, Schulen des zweiten Bildungsweges und Schulen in nicht kommunaler Trägerschaft** **V1792/17 beratend**

Herr Schmidtgen, Schulverwaltungsamt, stellt die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation vor: Schulnetzplanungen sind mit zwischenzeitlich notwendigen Anpassungen alle fünf Jahre fortzuschreiben. Im Dezember 2016 wurde diesbezüglich der Referentenentwurf veröffentlicht. In Auswertung der zahlreichen Stellungnahmen sind in dem nun vorliegenden Planungsentwurf veränderte Rahmenbedingungen (u. a. neue Bevölkerungsprognose von Ende 2016, Zugangsbedingungen Oberschule/Gymnasium, Schwerpunkte auf Integration und Inklusion/Reduzierung Förderschulquote) und neue Erkenntnisse zu einzelnen Standorten eingeflossen. Herr Schmidtgen benennt die für die verschiedenen Schularten gesamtstädtisch geltenden Schülerzahlprognosen und erläutert kurz den dazugehörigen Arbeitsprozess (Grundlage: Bevölkerungsprognose). So plane man bei den Grundschulen für das Schuljahr 2022/2023 mit 5.179

Schülern; in den Oberschulen erwarte man bis zum Schuljahr 2027/2028 einen Anstieg auf 2.206 Schüler und in den Gymnasien erhöhe sich die Schülerzahl bis zum Schuljahr 2026/2027 auf 2.441. Anschließend geht Herr Schmidtgen auf die einzelnen Planteile der Schulnetzplanung für das Ortsamtsgebiet Plauen ein. So sei im Schulbezirk Plauen 1 (70., 71. und 117. Grundschule) aufgrund des neugebauten Erweiterungsbaus am Standort der 70. Grundschule und der vierzügigen Führung der 117. Grundschule insgesamt eine bedarfsgerechte Versorgung möglich; Probleme könnten lediglich in der wohnortnahen Versorgung im Bereich der 70. und 71. Grundschule auftreten. Im Schulbezirk Plauen 2 (14., 39., 49. und 80. Grundschule) wolle man die 14. Grundschule ab dem Schuljahr 2019/2020 aufgrund der prognostizierten Mehrbedarfe drei- bzw. vierzünftig führen. Dies kollidiere jedoch mit der im gleichen Gebäude untergebrachten Schule für geistig Behinderte „Robinsonschule“ (u. a. beschränkte Raumsituation, keine Kapazitätserweiterungen möglich). Seitens des Schulverwaltungsamtes werde deshalb die Entflechtung der Grund- und Förderschule vorgeschlagen, um die Versorgung insgesamt dauerhaft wirksam sichern zu können. Für den Fall, dass einer Auslagerung der Robinsonschule nicht zugestimmt werde, müsse man andere bedarfsgerechte Maßnahmen (z. B. befristete Zusammenlegung der Schulbezirke Plauen 1 und Plauen 2) in Erwägung ziehen. Bei den Oberschulen erhöhe man die Kapazität der 150. Oberschule (Standort Cämmerswalder Straße 41, Bauauslagerung; nach Fertigstellung Schulneubau: Freiburger Straße) ab 2018/2019 auf drei Züge. Zur dauerhaft fünfzügigen Führung des Vitzthum-Gymnasiums werde im zweiten Schulhalbjahr 2017/2018 der Erweiterungsbaubereich fertig gestellt; die Erweiterung und Sanierung des Gymnasiums Dresden-Plauen wurde dem Ortsbeirat im Vorfeld dieses Tagesordnungspunktes vorgestellt. Mit der Errichtung des Gymnasiums am Standort Freiburger Straße sichere man nicht nur ortsamtsbezogen, sondern auch stadtweit die weiteren gymnasialen Bedarfe. Im Planteil Förderschulen ist mit veränderten Zugangsquoten zu rechnen, da zukünftig mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Grund- und Oberschulen unterrichtet werden. Dennoch bestehe insbesondere bei der Robinsonschule Handlungsbedarf. Aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten am jetzigen Standort und zur Deckung der erhöhten Bedarfe soll diese deshalb auf die Konkordienstraße 12 a verlagert werden. Die damit einhergehenden Konsequenzen (Inklusion) sind dem Schulverwaltungsamt durchaus bewusst. Abschließend erläutert Herr Schmidtgen, dass die Landeshauptstadt Dresden für die Schulnetzplanung der berufsbildenden Schulen aufgrund der Schulgesetznovelle vom 11. April 2017 nicht mehr zuständig sei. Dennoch wurde ein Planteil aufgestellt, um sich klar zu Sichtweise, Haltung und Perspektive gegenüber der obersten Schulaufsichtsbehörde zu positionieren (Berufsschulen bedarfsgerecht erhalten).

#### Schwerpunkte der Diskussion:

Die Ortsbeiräte danken Herrn Schmidtgen für die Ausführungen. Nichtsdestotrotz sehen die Ortsbeiräte insgesamt einen höheren Bedarf an Schulen.

Frau Dr. Böhm fragt an, ob bei der Bevölkerungsprognose auch die Zuzüge berücksichtigt wurden. Herr Schmidtgen bestätigt dies und beruft sich auf die bei der Aufstellung der Bevölkerungsprognose durch die Kommunale Statistikstelle berücksichtigten Erfahrungswerte (z. B. Zuzüge/Wegzüge, Wohnraumentwicklung, Geburten- und Sterberate der Vorjahre).

Herr Djawid zweifelt insgesamt an den prognostizierten Schülerzahlen und sieht anhand der derzeitigen Anmeldungen insgesamt einen höheren Bedarf. Laut Herrn Schmidtgen könne man lediglich prüfen, ob die derzeitige Schulnetzplanprognose zutreffend sei (Vergleich mit Schuljahresanfangsstatistik).

Herr Keil äußert sich kritisch und verweist auf den lückenhaften Bereich zwischen der 71. Grundschule im Schulbezirk Plauen 1 und der 80. Grundschule im Schulbezirk Plauen 2 (Südvorstadt). Im Ergebnis dessen verliert Herr Keil einen Änderungsantrag, wonach die Wieder-

gründung der 126. Grundschule gefordert werde. Dies begründe sich zum einen durch den Zuzug junger Familien mit Kindern und zum anderen durch die Vermeidung von „Elterntaxis“ sowie der Anpassung an die Schulstandards in den Altbundesländern (Klassenstärke). Herr Schmidtgen widerspricht dieser Auffassung, da der Zuwachs im genannten Bereich nicht vorhanden sei, der Bedarf bestehe vielmehr im Umfeld der 14. Grundschule. Die Wiedergründung der 126. Grundschule sei demnach keine wohnortnahe und bedarfsgerechte Lösung. Dem verstärkten Bedarf in der benannten Region entspreche man insofern, als dass die 39. Grundschule mittlerweile vierzünftig geführt werde.

Herr Lehmann erkundigt sich nach dem Standpunkt der Robinsonschule zur geplanten Verlagerung und thematisiert die alternative Zusammenlegung der Grundschulbezirke. Herr Schmidtgen informiert über den ablehnenden Beschluss der Robinsonschule aus der Schulkonferenz und erläutert kurz die schwierige Verfahrensweise bei der befristeten Zusammenlegung der Grundschulbezirke (Nutzung der Reserven aus der 117. Grundschule).

Herr Hauck spricht sich für die Nutzung der Kapazitätsreserven der Grundschulen aus, wonach den Schülern auch schulbezirksübergreifend der Besuch einer Schule ermöglicht werden sollte. Allerdings sehe dies aus seiner Sicht keine Zusammenlegung der Grundschulbezirke vor; dies lehne er ab. Ferner stellt Herr Hauck den Geschäftsordnungsantrag zur punktweisen Abstimmung der Vorlage. Herr Gerhardt informiert, dass dies sowieso vorgesehen sei. Abschließend beantragt Herr Hauck das Rederecht für die Gäste nach der Diskussionsrunde, um die Sichtweise der Robinsonschule zu erfahren; einen Umzug halte er ebenfalls für nicht sinnvoll. Herr Schmidtgen stellt klar, dass die Zusammenlegung der Grundschulbezirke rechtlich benötigt werde, um die Reserven anderer Schulen nutzen zu können. Darüber hinaus könne man jederzeit einen Antrag auf Verlassen des Schulbezirkes stellen; dies obliegt jedoch der Einzelfallentscheidung (Vorliegen wichtiger Gründe).

Frau Dänhardt fragt an, warum sich die Zusammenlegung der Grundschulbezirke schwierig gestalte und spricht sich ebenfalls gegen die Auslagerung der Robinsonschule aus. Vielmehr interessiert Frau Dänhardt, inwieweit nach einem Alternativstandort für die Mehrbedarfe der 14. Grundschule und der Robinsonschule seitens des Schulverwaltungsamtes gesucht wurde. Herr Schmidtgen führt aus, dass es derzeit keine andere Lösung gebe: Für einen Erweiterungsbau an der 14. Grundschule/Robinsonschule mangle es an (räumlichen) Kapazitäten. Bei der Beantragung auf Verlassen des Schulbezirkes bestehe für die Schüler keine Rechtssicherheit/kein Anspruch auf einen Platz. Herr Schmidtgen ergänzt, dass sich die Schulleiter nur untereinander abstimmen können, sofern sie aus dem gleichen Schulbezirk stammen.

Herr Seedorff interessiert sich für das Ergebnis des damaligen Prüfauftrages, inwieweit eine Doppelnutzung von Grund- und Oberschule am Standort Cämmerswalder Straße möglich sei. Herr Schmidtgen erklärt, dass man mit den vorhandenen Raumkapazitäten eine vierzünigige Grund- oder eine dreizünigige Oberschule unterbringen könne; bei einer Doppelnutzung würden sich die Züge entsprechend reduzieren. Allerdings sei das Gebäude stark sanierungsbedürftig, es könne folglich nicht sofort genutzt werden.

Frau Holowenko hinterfragt die Eiligkeit der Vorlage. Herr Schmidtgen nennt formale Gründe (u. a. Schulnetzplanung alle fünf Jahre, letzte Schulnetzplanung: 2012). Eine Verordnung gestatte den Kreisfreien Städten zwar eine Verlängerung bis 2018, man wolle die Schulnetzplanung jedoch relativ frühzeitig abschließen, um sich den nach wie vor offenen Fragen widmen zu können.

Der Ortsbeirat Plauen räumt den anwesenden Gästen einstimmig Rederecht ein. Die Schulleiterin der Robinsonschule (Frau Schaller) erklärt, dass neben entsprechenden behindertengerechten Nachrüstungen am Gebäude insbesondere die Zusammenarbeit mit der 14. Grundschule



sehr gut funktioniere. Allerdings weist Frau Schaller auch auf die mittlerweile ausgeschöpften räumlichen Kapazitäten hin. Nichtsdestotrotz habe man den Wunsch am jetzigen Standort verbleiben zu können. Insgesamt herrsche in Dresden eine mangelhafte Ausstattung an Förderschulen für geistig Behinderte (nur zwei staatliche Förderschulen und zwei Schulen in freier Trägerschaft). Ferner informiert Frau Schaller über die vom Schulverwaltungsamt angeordnete Gründung einer Außenstelle auf der Marienberger Straße (33. Grundschule) als Übergangslösung. Da diese unsaniert, nicht behindertengerecht und auch hinsichtlich der Fluchtwege problematisch sei, eigne sie sich dauerhaft nicht als Ersatzstandort für die Robinsonschule. Die geplante Auslagerung auf die Konkordienstraße würde den besonderen Bedarfen der Robinsonschule ebenfalls nicht entsprechen (u. a. zu wenige Räume, nicht behindertengerecht). Frau Schaller stellt abschließend klar, dass zwingend ein dritter Schulstandort für eine Förderschule für geistig Behinderte gegründet werden müsse. Frau Koitsch, Elternsprecherin, schließt sich den Ausführungen von Frau Schaller an und ergänzt, dass die Schüler der Robinsonschule nachmittags im ansässigen Lebenshilfe e. V. in Kurzzeitpflege betreut werden. Dies würde bei einem Standortwechsel entfallen. Hinzukommt, dass sich die Schüler schwieriger an einen neuen Standort gewöhnen können. Frau Koitsch sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer dritten Förderschule und spricht sich für die Wiederinbetriebnahme der 126. Grundschule aus.

Herr Djawid verdeutlicht den seiner Meinung nach höheren Bedarf an Schulen anhand von aktuellen Wohnbauprojekten (z. B. Nürnberger Straße, Nöthnitzer Straße, Kohlestraße) und stellt einen Antrag auf Vertagung der Vorlage, um sich mit der Thematik noch einmal ausführlich befassen zu können.

Herr Lehmann thematisiert die von Frau Schaller angedeutete Problematik der Raumkapazitäten in der Konkordienstraße. Herr Schmidtgen stellt klar, dass in der Konkordienstraße eine andere Raumstruktur vorherrsche (größere Räume, deshalb insgesamt weniger). Die Umsetzung der pädagogischen Anforderungen sei zum jetzigen Zeitpunkt noch ungewiss und müsse dann zu gegebener Zeit abgestimmt werden.

Herr Keil beantragt eine zehnminütige Unterbrechung der Sitzung, um fraktionsübergreifend die Beschlussfassung abzustimmen. Herr Gerhardt lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Der Ortsbeirat Plauen stimmt der Unterbrechung einstimmig zu.

Die Sitzung wird fortgesetzt. Der Ortsbeirat Plauen erteilt der Elternsprecherin, Frau Schulz, einstimmig Rederecht. Frau Schulz schildert kurz die schulische Entwicklung ihrer geistig behinderten Tochter, die ihre ersten Jahre in der 14. Grundschule verbracht hat und hebt vor allem den positiven Effekt der zusammenhängenden Schultypen hervor (Integration, Kennenlernen/Spielen in Pausen, keine räumlichen Unterschiede). Darüber hinaus herrsche an der Schule „eine total tolle Mischung“ (DAZ-Schule), die nicht zerstört werden sollte.

Herr Gerhardt beendet die Diskussionsrunde und bittet um das Vortragen der Änderungswünsche. Herr Keil verliest die geänderten Beschlusspunkte. Herr Gerhardt bittet anschließend darum, diese schriftlich vorzulegen, verweist auf die Rechtsfolge einer Vertagung und lässt punktweise über die Beschlussvorschläge zur Vorlage V1792/17 abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung der Schulnetzplanung für die Planteile Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen, Schulen des zweiten Bildungs-

weges und Schulen in nicht kommunaler Trägerschaft gemäß Anlage 1 (Teil 1 Standortpläne und langfristige Zielplanung) und Anlage 2 (Teil 2 Tabellen und Übersichten).

Abstimmung: Vertagung  
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

5. Der Stadtrat beschließt die Verlagerung der Schule für geistig Behinderte „Robinsonschule“, Schweizer Straße 7 in 01069 Dresden an den Standort Konkordienstraße 12 a in 01127 Dresden zum 1. August 2019, frühestens jedoch zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Schulneubaus auf der Gehestraße.

Abstimmung: Ablehnung  
Ja 0 Nein 18 Enthaltung 0

6. **Die Robinsonschule wird vom jetzigen funktionierenden Standort der Schweizer Straße zum neuen Standort Konkordienstraße nicht verlagert. Es ist zu prüfen, wie weitere Bedarfe für geistig behinderte Kinder an einem dritten Schulstandort dieser Art in Dresden zu sichern sind.**

Abstimmung: Zustimmung  
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

7. **Der Ortsbeirat Plauen fordert die Wiedergründung der 126. Grundschule am ehemaligen Schulstandort Cämmerswalder Straße 41 nach dem Rückzug der 39. Grundschule in die Schleiermacher Straße.**

Abstimmung: Zustimmung  
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

8. **Der Ortsbeirat Plauen setzt sich für die Erhaltung der beiden Grundschulbezirke ein.**

Abstimmung: Zustimmung  
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

(Für die Beschlusspunkte 2 bis 4 besteht seitens des Ortsbeirates Plauen keine territoriale Zuständigkeit.)

Herr Gerhardt schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2.4 aufgrund der schnelleren Behandlungsweise vorzuziehen. Der Ortsbeirat stimmt dem einstimmig zu.

#### – Änderung der Tagesordnung –

#### 2.4 Verkauf des Grundstücks Stuttgarter Straße

**V1919/17  
beratend**

Frau Winkler, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung, stellt die Vorlage kurz vor: Demnach soll das im Südwesten innerhalb des Gewerbegebietes Coschütz-Gittersee liegende, insgesamt 5.798 m<sup>2</sup> große Grundstück für 348.000 Euro verkauft werden. Dieses wurde im Zuge der Ent-

wicklung des Gewerbegebietes (Bebauungsplan Nr. 134) bereits verkehrlich und medienseitig erschlossen. Der Käufer verpflichtet sich den durch Sukzession entstandenen Wald auf eigene Kosten umzuwandeln, die erforderliche Zufahrt von der Stuttgarter Straße für die zukünftige Straßenbahntrasse herzustellen und beabsichtigt die Errichtung eines Archivgebäudes (ca. 10.000 laufende Meter). Der Verkehrswert des Grundstücks wurde durch einen öffentlich bestellten Gutachter ermittelt und berücksichtigt den vom Käufer zu tragenden Mehraufwand (Herstellung der Zufahrt, Waldumwandlung).

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Kiel erkundigt sich, in welcher Form die selbst entstandene Waldfläche ersetzt werde. Frau Winkler verweist auf die Waldumwandlung laut Waldgesetz, welche prinzipiell an eine Grundstücksbebauung gebunden sei und mithilfe eines Bescheides der Unteren Forstbehörde die Ersatzpflanzungen vorschreibe. Diese Ersatzflächen können örtlich jedoch noch nicht bestimmt werden. Auf Nachfrage von Herrn Hauck versichert Frau Winkler, dass sich die Ausgleichsflächen in der Regel in der Nähe des betroffenen Gebietes befänden.

Herr Wagner hinterfragt die Errichtung eines Archivs in einem Gewerbegebiet. Frau Winkler erklärt, dass man keinen Alternativstandort für ein Archiv dieser Größe im Stadtzentrum gefunden habe und aufgrund der erfolglosen Ausschreibungen in den Jahren 2012 bis 2014 den Plänen des Käufers gefolgt sei.

Herr Gerhardt lässt über den Beschlussvorschlag zur Vorlage V1919/17 abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: Zustimmung**

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

**2.3 Zweite Fortschreibung der Konzeption zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung kommunaler Gewerbebestandorte in der Landeshauptstadt Dresden**

**V1795/17  
beratend**

Herr Stephan, Amt für Wirtschaftsförderung, stellt die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation vor: Die Verfügbarkeit bedarfsgerechter, kommunaler Gewerbeflächen in Dresden nimmt aufgrund der nach wie vor großen Nachfragen stetig ab. Aktuell stehen noch 12,6 ha an kommunalen Gewerbeflächen zum Verkauf zur Verfügung; allerdings existieren keine zusammenhängenden Flächen von über 5 ha mehr. Damit Dresden auch in Zukunft als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort anerkannt bleibt, ist die Schaffung von weiteren bedarfsgerechten Gewerbeflächen erforderlich. Diese Flächenentwicklung sichere nicht nur die Gewerbesteuer-einnahmen, sondern auch die Arbeitsplätze bestehender und neuer Unternehmen. Herr Stephan veranschaulicht anhand eines Lageplanes die geplante Entwicklung des Gewerbeareals an der Zwickauer Straße im Ortsamtsgebiet Plauen. Demnach wolle man das ca. 25 ha große Plangebiet neu ordnen und in Abstimmung mit den unterschiedlichen Eigentümern (keine städtischen Flurstücke) positive Entwicklungsanreize schaffen. Geplant sei die Sanierung eines Gebäudekomplexes der Universelle-Werke für Start-Ups, Ausgründungen und Unternehmen mit Branchenschwerpunkt Materialien.

Schwerpunkte der Diskussion:

Die Ortsbeiräte begrüßen insgesamt die Entwicklungsideen.

Herr Georgi bemängelt, dass die Vorlage keine umweltrechtlichen oder verkehrlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen auf das Gewerbegebiet beinhalte. Herr Kiel interessiert sich in dem Zusammenhang für konkretere Maßnahmen im betroffenen Gebiet. Herr Stephan stellt klar, dass die vorliegende Konzeption allgemeine Rahmenbedingungen schaffe und deshalb keine Aspekte der Bauplanung aufweise. Diese werden in Abstimmung mit den verschiedenen Fachämtern (z. B. Stadtplanungsamt, Umweltamt) separat berücksichtigt und der Öffentlichkeit zu gegebener Zeit gesondert vorgestellt. Darüber hinaus müsse man das Entwicklungskonzept mit den jeweiligen Eigentümern im Plangebiet eingehend abstimmen, sodass die jeweiligen Projekte noch nicht benannt werden können.

Herr Meißner fragt an, ob die ortsansässigen gewerblichen Bestandsgebäude (z. B. Boule-/Kletterhalle) an der Zwickauer Straße aufgrund der Entwicklungspläne auf einen anderen Standort ausweichen müssen. Herr Stephan verneint dies und erklärt, dass insbesondere die Kletterhalle als gewerbliche Bestandsnutzung der Entwicklungsidee nicht widerspreche. Ziel sei vor allem der Ausbau der bislang nicht genutzten Gebäude (z. B. alte Fabrikanlage).

Herr Lehmann erkundigt sich, ob sich die Sanierung der Zwickauer Straße nur auf das bezeichnete Plangebiet beziehe. Darüber hinaus interessiert sich Herr Lehmann für die Verfügbarkeit von Bauflächen (insbesondere im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau). Herr Stephan informiert, dass man an gewisse Fördermittelbedingungen und eigene Kapazitäten gebunden sei, weshalb das Plangebiet in der jetzigen Form begrenzt wurde (beidseitiges Gewerbe inklusive Neuansiedlungen und Lückenschluss laut Fördermittelrichtlinie Koordinierungsrahmen). Bezüglich des sozialen Wohnungsbaus bestätigt Herr Stephan die vorherrschende Nutzungskonkurrenz und erörtert am Beispiel des Elbeparks die Verdrängung bestehender Gewerbe. Infolgedessen erhalte das Amt für Wirtschaftsförderung vermehrt Anfragen nach Ersatzflächen; dies gestalte sich vor allem in den Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern schwierig (u. a. mangelnde Verkaufsbereitschaft, hohe Grundstückspreise).

Herr Hauck thematisiert die Hochwassergefährdung des Gebietes und eine entsprechende Fördermöglichkeit für die ansiedelnden Unternehmen. Herr Stephan bejaht dies, verweist jedoch auf die Hochwasserschutzmaßnahmen der Landestalsperrenverwaltung (Weißeritzausbau) und die Förderprogramme für private Investitionen (GRW) bis 2020 (bzw. 2022).

Herr Gerhardt lässt über den Beschlussvorschlag zur Vorlage V1795/17 abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 3

### 3 Informationen, Hinweise und Anfragen

Ab dem 1. September 2017 ändern sich die Kontaktdaten des Ortsamtes Plauen wie folgt:

Name	Funktion	Telefonnummer, E-Mail
Irina Brauner	Ortsamtsleiterin	(0351) 488 6800 IBrauner@dresden.de
Rolf Gerhardt	Stellvertreter Ortsamtsleiterin	(0351) 488 6820 RGerhardt@dresden.de

Franziska Heinrich	Sachbearbeiterin Ortsbeirat	(0351) 488 6802 FHeinrich@dresden.de
Nicole Gerber	Sachbearbeiterin Ordnung/Sauberkeit	(0351) 488 6806 NGerber@dresden.de

Hinsichtlich der geplanten Baumfällungen entlang der Windbergstraße informiert Herr Gerhardt, dass nach Abstimmung mit der DREWAG ein weiterer Baum (kurz vor der Karlsruher Straße/gegenüber der Apotheke) gefällt werden müsse. Die Anwohner wurden entsprechend in Kenntnis gesetzt. Die konkreten Standorte der insgesamt 16 Baumneupflanzungen werden noch abgestimmt.

Herr Gerhardt informiert über die Fachförderrichtlinie der Ortsämter, wonach stadtteilbezogene Projekte (z. B. Veranstaltungen wie Bürgerforen, Stadt-, Sport- und Straßenfeste, Maßnahmen zur Aufarbeitung und Sicherung der Stadtteilgeschichte/Ortschronik, Maßnahmen zur Ortsbildverschönerung) gefördert werden können. Zuwendungen, die 1.000 Euro überschreiten, sind dem Ortsbeirat vorzustellen. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Gerhardt über die Förderung des 10. Gitterseer Bahnhofsfestes vom Windbergbahn e. V.

Herr Gerhardt dankt allen ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für die Mitarbeit bei der Bundestagswahl am 24. September 2017.

Abschließend verweist Herr Gerhardt auf die geplante Weihnachtsfeier nach der Sitzung des Ortsbeirates im Dezember und bittet die Ortsbeiräte darum, etwaige Ideen oder Vorschläge zu möglichen Veranstaltungsorten per E-Mail an das Ortsamt Plauen zu schicken oder in der nächsten Sitzung vorzutragen.

Von Seiten der Ortsbeiräte gibt es keine Anfragen oder Empfehlungen.

Herr Gerhardt beendet die Sitzung um 21:25 Uhr.

Rolf Gerhardt  
stellv. Vorsitzender

Franziska Heinrich  
Schriftführerin

Gisela Clauß  
OBR-Mitglied

Dietmar Keil  
OBR-Mitglied